



## **1. Europäisches Parlament (EP)**

### **1.1 EP Studie zur Zukunft der EU Verteidigungsforschung**

Prof. Klaus Thoma, ehemaliger Leiter des Ernst Mach-Instituts der Fraunhofer Gesellschaft, und Frederic Mauro, französischer Rechtsanwalt legten dem Europäischen Parlament eine Studie zur Zukunft der EU Verteidigungsforschung vor. Die beiden Experten legen eine schlüssige Begründung für den Start einer EU Finanzierung in diesem Bereich dar. Darüber hinaus beschreiben sie detailliert die aktuelle pessimistische Lage der Verteidigungsforschung in Europa. Sie schließen mit einer Reihe von Empfehlungen, denen sich nun das Europäische Parlament anschließen kann: u.a. Zusammenführung der EDA und OCCAR, Start eines Forschungsprogramms für Verteidigung im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen mit mindestens 3,5 Mrd. Euro.

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/535003/EXPO\\_STU%282016%29535003\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/535003/EXPO_STU%282016%29535003_EN.pdf)

### **1.2 Brexit – ein Nachtrag**

Am 23. Juni 2016 haben sich die Briten für den EU-Austritt entschieden. 51,9 Prozent stimmten für den Brexit, 48,1 Prozent votierten für den Verbleib.

Die Befürworter des Brexit hatten für Großbritanniens Souveränität plädiert, vor allem, weil das Land der drittgrößte Nettozahler der Union ist.

Bundeskanzlerin Angela Merkel will den Briten nach dem Brexit Votum Zeit für ihr weiteres Vorgehen einräumen, aber nicht zu viel. Die EU kann nicht weitere Monate oder gar Jahre um den Fall Großbritannien kreisen. Solange die Verhältnisse nicht klar geklärt sind, wird es wirtschaftliche Konsequenzen für die EU mit sich bringen.

Ohne Großbritannien, ohne seine relative militärische Stärke und seine strategische Ambition, ist die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU geschwächt. Künftig wird die Nato die wichtigste Klammer Westeuropas bilden, und damit wächst die Macht der Führungsnation Amerika. Zieht sich jedoch Washington, wie von Donald Trump gefordert, aus dem Bündnis zurück, profitiert Russland. Aus russischer Sicht stellt Europa, ohne die Briten, keinen ebenbürtigen Gegner mehr dar. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU wird ein wichtiger militärischer Partner mit erheblicher Finanzkraft fehlen. Allerdings will Deutschlands Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) auch weiterhin "sehr eng" mit den Briten zusammenarbeiten.

London lehnte am entschiedensten die russischen Annexionen in der Ukraine ab und bildete damit eine wichtige Stütze für Merkels Sanktionspolitik (siehe Absatz EU-Sanktionspolitik). Nun schrumpft die britische Bedeutung rapide, während in Berlin die Befürworter des Appeasements zahlreicher werden. Die westeuropäischen Freunde Putins, die wie Marine Le Pen nicht zufällig auch die EU ablehnen, fordern seit langem mehr Einfluss für den Kreml und weniger USA in Europa. Folgt auf den Brexit im November noch ein Wahlsieg Trumps, dann gerät im schlimmsten Fall die ganze bisherige Sicherheitsordnung ins Rutschen, deren zentraler Lehrsatz noch immer lautet, die Amerikaner drinnen und die Russen draußen zu behalten.

[http://www.ecfr.eu/article/commentary\\_berlin\\_subdued\\_shock\\_7058#](http://www.ecfr.eu/article/commentary_berlin_subdued_shock_7058#)

<http://www.ecfr.eu/berlin/presse>

### 1.3 Weltraum und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Am 19. April verabschiedete der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments einen Berichtsentwurf zu „Raumfahrtfähigkeiten für die europäische Sicherheit und Verteidigung“. Berichterstatter ist der polnische EVP-Politiker Bogdan Andrzej ZDROJEWSKI. Der Industriausschuss verfasste eine Stellungnahme.

Der Bericht geht ein auf die neuen Möglichkeiten, die mit dem Lissabon Vertrag im Schnittpunkt zwischen europäischen Weltraumpolitik und der GSVP möglich wurden. Die Plenarvorlage geht konkret darauf ein, wie eine EU-Weltraumpolitik für eine Verbesserung der GSVP eingesetzt werden können. Die konsolidierte Plenarvorlage liegt noch nicht vor.

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/afet/draft-reports.html?ufolderComCode=AFET&ufolderLegId=8&ufolderId=04820&linkedDocument=true&urefProcYear=&urefProcNum=&urefProcCode=>

### 1.4 Ein nächster EP-Bericht wird die Europäische Verteidigungsunion behandeln

Im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung (SEDE) beginnen die Arbeiten, einen Bericht zur zukünftigen Europäischen Verteidigungsunion zu verfassen. Diese Union kann im Anschluss an die EU Globalstrategie zur Außen- und Sicherheitspolitik in Angriff genommen werden. Im Anschluss an die Globalstrategie bietet es sich an, einen Prozess zur Erstellung eines Verteidigungsweißbuches zu beginnen, um die allgemeinen außenpolitischen Zielsetzungen in konkrete militärpolitische Ziele und Maßnahmen zu übersetzen. Als Vorbild des angestrebten EU Weißbuches zählen das französische oder das deutsche Weißbuch.

Die Verteidigungsunion kann unter anderem auf der noch zu aktivierenden ständigen strukturierten Zusammenarbeit des Lissabonner Vertrages errichtet werden. Dies würde den Mitgliedstaaten die Chance eröffnen, die bestehenden isolierten militärischen Kooperationsinseln im EU Rahmen zusammenzuführen. Ferner könnte es gelingen, die EU Unterstützung im Rahmen von EU Gesetzgebung und Finanzmitteln zielgerichteter zur Stärkung der europäischen Verteidigung einzusetzen. Schließlich bietet es sich an, die vereinzelt Initiativen zur Stärkung der militärischen Fähigkeiten unter das Dach der im EU-Vertrag vorher gesehenen Europäischen Fähigkeiten und Rüstungspolitik (European Capability and Armaments Policy – ECAP) zu bringen.

## 2. Europäische Kommission

### 2.1 EU-Kommission will Entwicklungshilfe für Militär ausgeben

Am 5. Juli 2016 teilte die EU-Kommission mit, dass sie zukünftig Geld aus der Entwicklungshilfe auch dazu nutzen will, das Militär und die Sicherheitskräfte von Krisenstaaten zu unterstützen. Eine entsprechende Änderung des sogenannten Instruments für Stabilität und Frieden (ISP) will die EU-Kommission beschließen und dann dem Europaparlament und dem Rat der EU-Mitgliedstaaten vorlegen.

Konkret geht es um die Erweiterung des Einsatzspektrums von Mitteln aus dem ISP-Topf der EU. Für diesen stehen zwischen 2014 und 2020 etwa 2,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Bislang darf die EU zwar zur Verbesserung der Sicherheitslage etwa Polizeibehörden in Drittstaaten unterstützen, nicht aber das Militär.

Künftig sollen auch Streitkräfte unterstützt werden, sofern es um das "übergeordnete Ziel" einer nachhaltigen Entwicklung gehe. Voraussetzung sei, dass Stabilität, Sicherheit und Entwicklung nicht von zivilen Kräften gewährleistet werden können oder der gesamte Staat nicht mehr funktioniere.

Genannt werden "Ausbildung, Betreuung und Beratung, die Lieferung von Ausrüstung, die Verbesserung von Infrastruktur". Explizit ausgeschlossen werden aber die Finanzierung von Waffen oder anderen "tödlichen" Ausrüstungsgegenständen. "Entwicklung ohne Sicherheit und Stabilität ist nicht möglich", hieß es zu dem Vorhaben aus Kommissionskreisen. Die Änderung soll aufgrund des Drucks mehrerer EU-Staaten zustande gekommen sein. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise hätten diese ein besonderes Interesse, vor allem in Afrika Konflikte zu entschärfen.

Allerdings ist die geplante Vermischung von Entwicklungshilfe und Sicherheitspolitik umstritten. Die Finanzierung des Militärs könne nicht gleichzeitig Teil der

Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik sein, warnten Fachleute. Auch der Juristische Dienst des Europäischen Rats habe Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Plans geäußert.

Bisher flossen Gelder aus dem Fonds für Frieden und Stabilität in die Konfliktvermeidung über die Stärkung der Zivilgesellschaft, in Aussöhnungsprogramme oder die Ausbildung von EU-Polizisten, die für Stabilisierungsmissionen in Krisengebiete geschickt werden. Jüngst wurden im Rahmen des Flüchtlingsabkommens mit der Türkei auch 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die Kapazitäten der türkischen Küstenwache für Such- und Rettungseinsätze zu stärken.

Die Kommission hatte schon im April 2015 Vorschläge unterbreitet, wie Partnerländer bei der Verhinderung und Bewältigung sicherheitspolitischer Krisen unterstützt werden können. Als Beispiele wurden damals "die Bereitstellung von Rettungswagen, Ausrüstungen zum Schutz der Einsatzkräfte oder Kommunikationsmittel" für Streitkräfte in Ländern wie Mali oder Somalia genannt, in denen die EU ohnehin Militär ausbildet, den dortigen Armeen aber Mittel fehlen.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-2405\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-2405_de.htm)

## **2.2 EU-Haushalt 2017: Förderung der Verteidigungsforschung**

Auf Grund der derzeitigen Sicherheitslage in Europa schlägt die Kommission am 30. Juni 2016 vor, dem Haushalt 2017 für Verteidigungsforschung 25 Millionen EUR zur Verfügung zu stellen. Im ersten Jahr der Durchführung sollen 10 Millionen EUR ausgezahlt werden.

Die vorgeschlagenen Beträge werden im Rahmen einer Vorbereitenden Maßnahme zur Verteidigungsforschung verwandt, die an ein Pilotprojekt („preparatory action“ (PA)) anschließt, dass in den EU-Budgets 2015 und 2016 verankert wurde.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-2347\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-2347_de.htm)

<https://www.eda.europa.eu/procurement-gateway/opportunitites/eda-procurement/procurement-view/call-for-proposal-for-the-pilot-project-on-defence-research>

## **2.3 EU focuses on dual-use 'key enabling technologies' for research funding**

The European Commission (EC) is reviewing the key enabling technologies (KETs) that its future research spending will support, including those with cross-cutting applications for defence such as active and passive long-range detection technologies. An ongoing study for the commission will submit its recommendations before the end of 2016, officials said.

## **3. Rat der EU und Europäischer Rat**

### **3.1 Budgeterhöhung für EU-Ausbildungsmission in Mali**

Die zivile Mission der EU unterstützt die einheimischen Sicherheitskräfte – Polizei, Gendarmerie und Nationalgarde – Malis. Die EU stockt Haushalt um 4,93Mio Euro auf 19 Mio. Euro auf.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/06/06-eucap-sahel-mali/>

### **3.2 EU Global Strategy on Foreign and Security Policy**

Im Vorfeld des Ratsgipfels am 28. und 29. Juni 2016 hat HR/VP Federica Mogherini die unter ihrer Federführung beim EAD/EEAS (Europäischer Auswärtiger Dienst) erarbeitete „EU Global Strategy on foreign and security policy“ an die Mitgliedstaaten übersandt.

In dem Dokument geht es um eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Strategie ist das Ergebnis eines das letzte Jahr stattfindenden Prozesses; dazu fanden eine Vielzahl von Gesprächen und Veranstaltungen mit den Mitgliedstaaten, den europäischen Institutionen (u.a. EC und EP), Think Tanks und Wirtschaft statt.

Bei der Global Strategy handelt es sich um einen umfassenden Ansatz; dazu werden folgende Themen behandelt:

- Security & Defence
- Counter Terrorism & Organized Crime

- Cyber Security
- Energy & Climate
- Migration & Mobilty
- Humanitarian Aid & Economic Prosperity

Die Außenbeauftragte Mogherini fordert die EU-Länder auf, im Rahmen einer "konzertierten und gemeinsamen Anstrengung" die militärischen Fähigkeiten zu verbessern: "Solche Fähigkeiten zu entwickeln und zu erhalten, erfordert Investitionen in Verteidigung, die verbesserte Nutzung nationaler Ressourcen durch vertiefte Zusammenarbeit und eine solide europäische Verteidigungsindustrie." Ohne verbesserte militärische Fähigkeiten könne die EU weder autonom handeln noch effektiv mit der NATO zusammenarbeiten, heißt es in dem Strategiepapier.

Weiter stellt Mogherini fest, dass es wichtig sei, dass technisches Gerät, Logistik und Waffensysteme künftig möglichst miteinander vereinbar seien und nicht jedes Land einen eigenen Kurs einschlage. Insbesondere soll die Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten der Mitgliedsländer synchronisiert werden mit den Planungsprozessen der NATO.

Zwei Schwerpunkte für Investitionen sieht Mogherini in der militärischen Aufklärung und verbesserten digitalen Fähigkeiten: "Die EU muss Daten, Netzwerke und kritische Infrastruktur innerhalb des europäischen digitalen Raums sichern." Außerdem müsse man in Abwehr von Cyberangriffen investieren, um hybriden Bedrohungen besser widerstehen zu können.

Künftig soll es eine deutlich stärkere Koordinierung der Verteidigungsausgaben innerhalb Europas geben: "Ein europäisches Verteidigungssemester – oder jedenfalls ein jährlich koordiniertes Überprüfungsverfahren auf EU-Ebene –, um die militärischen Ausgabenpläne der Mitgliedsstaaten zu diskutieren, könnte zu einer größeren Kohärenz bei den Planungen im Verteidigungsbereich und bei der Entwicklung von Fähigkeiten führen."

### **3.3 Studie Weißbuch Europäische Verteidigungsunion**

Die Studie steht im Gesamtzusammenhang mit der Vorstellung der Global Strategy des EAD/EEAS (Europäischer Auswärtiger Dienst) auf dem Europäischen Rat und der für Ende des Jahres angekündigten Vorlage des European Defence Action Plans und ist Grundlage für die zukünftige Erstellung eines „Europäischen Defence Weißbuchs“.

Im Vertrag von Lissabon wurde der Vorschlag für die Erstellung eines Weißbuchs durch die EU über die europäische Verteidigung festgehalten. Diese Studie begründet die Notwendigkeit eines EU-weiten Weißbuchs und leistet zur geplanten Globalen EU-Strategie einen Beitrag zur Umsetzung von Sicherheits- und Verteidigungselementen.

Auf Grundlage einer Analyse von Dokumenten und Experteninterviews werden in dieser Studie die wesentlichen Elemente für ein Weißbuch über die europäische Verteidigung dargelegt. Dies umfasst strategische Ziele, die erforderliche Entwicklung von Fähigkeiten, spezielle Programme und Maßnahmen zur Erzielung verbesserter Fähigkeiten sowie das Personal zur Bearbeitung und Erstellung des Weißbuchs.

Die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die daraus abgeleiteten Fähigkeitsanforderungen und die dazu erforderliche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bzw. die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden in den nächsten Jahren von folgenden Papieren bestimmt werden:

1. EU Global Strategy on foreign and security policy als Grundlagenpapier (Juni 2016)
2. Eine daraus abgeleitete „Sub-Strategy Defence“ bzw. „Defence Whitebook“ (ggf. im 2. HJ 2016).
3. European Defence Action Plan (Ende 2016)

[http://eeas.europa.eu/top\\_stories/pdf/eugs\\_review\\_web.pdf](http://eeas.europa.eu/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf)

<https://europa.eu/globalstrategy/en/global-strategy-foreign-and-security-policy-european-union>

### **3.4 EU-Mission „Sophia“ im Mittelmeer verlängert**

Die EU hat einen weiteren Schritt zur Ausweitung der Marinemission "Sophia" im Mittelmeer unternommen. Die Außenminister der Europäischen Union einigten sich darauf, dass Libyen nun auch dabei unterstützt werden soll, eine Küstenwache aufzubauen und gegen illegale Waffenimporte vorzugehen. Bisher griffen die EU-Kriegsschiffe vor Libyen nicht ein, sie klären nur die Schleuseraktivitäten auf, jetzt dürfen diese Maßnahmen (Stoppen, Entern, Durchsuchen etc.) gegen verdächtige Handelsschiffe durchführen.

### 3.5 EU-Sanktionspolitik bis Ende des Jahres 2016 verlängert

Die EU hat die Sanktionen gegen Russland wegen der Annexion der Krim um ein halbes Jahr verlängert. Durch die Sanktionen sind die Im- und Exporte von Waren und Investitionen (z.B. Immobilienkauf) beschränkt. Die EU-Außenminister sind sich einig, dass die volle Umsetzung dieser Vereinbarungen das Hauptziel bleibt. Die Vereinbarungen von Minsk haben Frieden und Sicherheit für eine souveräne Ukraine zum Ziel. Nach einem ersten Abkommen im September 2014 war am 12. Februar 2015 ein Maßnahmenpaket vereinbart worden. Der 13-Punkte-Plan sieht vorrangig einen Waffenstillstand, den Rückzug schwerer Waffen und Pufferzonen zwischen den Konfliktparteien vor. Außerdem sollen politische Reformen und freie Wahlen vorbereitet werden.

Die Sanktionen der vergangenen zwei Jahre sind wirkungsvoll, indem sie die russische Wirtschaftskrise verschärfen. Putin nutzt allerdings die Ölpreisbaisse und die Maßnahmen des Westens um diese für den Missstand des Volkes verantwortlich zu machen und schürt den russischen Nationalismus.

## 4. Europäische Verteidigungsagentur (EDA)

### 4.1 Service Contract for the provision of "Architectures for multifunction RF & Optronics Sensors on board RPAS Platforms - EORF"

Neues Projekt, publiziert 18.07.2016

[www.eda.europa.eu/procurement-gateway](http://www.eda.europa.eu/procurement-gateway)

Details und Dokumente über diesen Link:

<http://ted.europa.eu/TED/misc/chooseLanguage.do>

## 5. NATO

### 5.1 Außenministertreffen

Die Außenminister der 28 NATO-Staaten haben sich am 19./20. Mai 2016 zu Gesprächen in Brüssel getroffen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Vorbereitung des NATO-Gipfels in Warschau, die Herausforderungen der NATO im Süden und Osten sowie das Verhältnis des Bündnisses zu Russland.

In Bezug auf Russland warb Steinmeier für ein erneutes Treffen des NATO-Russland-Rats (zuletzt war dieser im April nach einer längeren Pause zusammengetreten). Insbesondere in Hinblick auf die anhaltenden Konflikte in Syrien und Libyen sei es wichtig, Russland in die politischen Verhandlungen einzubeziehen, um die Überwindung der Konflikte voranzubringen. Steinmeier warb dafür, dass das Gespräch mit Russland nicht abgebrochen, sondern intensiviert werden sollte. Die jüngste Zusammenkunft des NATO-Russland-Rats habe zwar noch keine Gesprächsatmosphäre geschaffen, in der Probleme gelöst werden können, habe aber zum Austausch über bestehende Problemlagen und Sichtweisen beigetragen.

<https://www.tagesschau.de/ausland/nato-russland-rat-109.html>

In Vorbereitung auf das Treffen der Staats- und Regierungschefs am 8./9. Juli, bei der die Umsetzung der Beschlüsse zu Rückversicherungs-Maßnahmen in Osteuropa, die im Rahmen der Ukraine-Krise gefasst worden sind, ein wichtiges Thema sein werden, ging es beim Außenministertreffen in Brüssel auch um die Erwartungen der osteuropäischen Mitgliedsstaaten in Hinblick auf den Gipfel.

Die NATO baut an ihrer Präsenz in ihren osteuropäischen Mitgliedsländern. Russland baut wiederum seine Präsenz an seiner Westgrenze auf eine Art und Weise aus, die vor allem die Länder beunruhigt, die ehemals zur Sowjetunion oder zum sowjetischen Einflussgebiet gehörten. Diese zu beruhigen, ohne sich gleichzeitig auf ein neues Wettrüsten einzulassen, das sei das Bestreben des Verteidigungsbündnisses, wiederholte gestern dessen Generalsekretär Stoltenberg: "Wir suchen keine Konfrontation. Es ist im Interesse aller, ein neues Wettrüsten zu verhindern."

### **Montenegro soll 29. NATO-Mitglied werden**

Am ersten Tag des Treffens unterzeichneten die Vertreter aller 28 Mitgliedstaaten das Beitrittsprotokoll für Montenegro. Nach der Ratifizierung des Vertrags durch die nationalen Parlamente soll der Balkanstaat 29. Mitglied des Verteidigungsbündnisses werden. Dieser Schritt soll u.a. zur Stabilität des Balkans beitragen. Dass mit Montenegro ein weiteres osteuropäisches Land NATO-Mitglied wird, und bis zur Ratifizierung der entsprechenden Vereinbarung durch alle NATO-Länder ab sofort schon Gaststatus bekommt, empfindet Moskau ebenfalls als Anfeindung.

### **EU und NATO: Komplexe Problemlagen in Nordafrika und im Mittleren Osten**

Am zweiten Tag des Treffens ging es um das Verhältnis zwischen NATO und EU. In Hinblick auf die andauernden Konflikte in Nordafrika und im Mittleren Osten, die sowohl die NATO-Staaten als auch die EU-Mitglieder betreffen, wurde besprochen, ob es stärkere Kooperationsmöglichkeiten zwischen EU und NATO geben könne. Auf der Agenda stand außerdem die Situation in Afghanistan, insbesondere die Zukunft des dortigen Engagements der NATO-Mitgliedsstaaten. Steinmeier bekräftigte die deutsche Entscheidung, zurzeit zwar keine Kampftruppen mehr in Afghanistan vorzuhalten, aber weiterhin Unterstützung bei Ausbildung und Training der afghanischen Sicherheitskräfte zu leisten.

### **5.2 Verteidigungsministertreffen**

Das Treffen der NATO Verteidigungsminister fand am 14./15. Juni 2016 in Brüssel statt. Die Stationierung von Truppen in Osteuropa war ein Schwerpunkt der Zusammenkunft im NATO-Hauptquartier. "We will agree to deploy by rotation four robust, multinational battalions in the Baltic states and Poland," sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Vorfeld des Treffens. Somit soll ein klares Signal gesetzt werden, dass die NATO den Bündnismitgliedern beisteht. Ministerin von der Leyen erklärte zu Beginn des Treffens: „Deutschland ist bereit, als eine der vier Rahmennationen zu fungieren und damit auch deutlich Verantwortung zu übernehmen“.

Die Truppenpräsenz in Osteuropa, die Aufwertung der NATO Response Force und neue Hauptquartiere in Osteuropa sind Teil des Readiness Action Plan. Der Aktionsplan zur Stärkung der kollektiven Verteidigung wurde beim letzten NATO-Gipfel in Wales 2014 verabschiedet.

### **Deutliche Aufrüstung in Osteuropa**

Die Nato-Verteidigungsminister beschlossen, mehrere Tausend Soldaten "unbefristet" nach Polen und in die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland zu schicken. Pro Land soll ein multinationaler Kampftruppenverband in Bataillonsstärke zur Verfügung stehen. Jeder Verband wird nach inoffiziellen Angaben aus NATO-Kreisen bis zu 800 Soldaten umfassen. Dies bedeutet faktisch eine dauerhafte Stationierung von Tausenden Soldaten unweit der russischen Grenze. Das Bündnis zielt damit auf Abschreckung. Neben den vier Bataillonen ist zudem eine neue multinationale Brigade in Rumänien geplant. Ziel solcher Maßnahmen sei es, für einen möglichen Angreifer das Risiko und die Kosten in die Höhe zu treiben. Darauf reagierte die russische Regierung und drohte, drei Divisionen (also im Extremfall bis zu 75.000 Soldaten) an die Grenzen des Bündnisses zu entsenden. Stoltenberg betonte: "Wir suchen keine Konfrontation mit Russland, wir wollen keinen neuen Kalten Krieg."

Berlin spielt im neuen Abschreckungskonzept der NATO eine zentrale Rolle. Ab 2017 wird Deutschland die NATO-Kampftruppen in Litauen anführen und stellt dort auch das meiste Personal. Die Briten schicken – zusammen mit Dänemark und Frankreich – Truppen nach Estland und die USA nach Lettland. Unklar ist noch, wer Soldaten nach Polen entsendet.

Die geplante Stationierung von vier Bataillonen ist aber nur Teil "einer viel größeren Veränderung bei der Verteidigungs- und Abschreckungshaltung der NATO", sagte Stoltenberg. So will die Allianz auch eine schnelle Eingreiftruppe ('Speerspitze') aus 5000 Soldaten, die in ständiger Einsatzbereitschaft ist, binnen 48 Stunden samt Ausrüstung und Waffen in Krisengebiete verlegen. Anschließend sollen weitere Einheiten der bisherigen Eingreiftruppe "NATO Response Force" (NRF) nachrücken, die nach der Krim-Annexion von 13.000 auf 40.000 Soldaten ausgebaut wurde.

### **Finanzielle Beteiligung**

Washington fordert mittlerweile immer nachdrücklicher, dass die Europäer mehr leisten müssten. Auf die Bundeswehr dürften darum schon in Kürze zusätzliche Ausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe zukommen. Die bisher in Berlin geplanten Mehrausgaben für Verteidigung von zehn Milliarden Euro bis 2020 werden nicht ausreichen. Deutschland erreichte vergangenes Jahr mit 36 Milliarden Euro 1,18 Prozent der Wirtschaftsleistung und liegt damit genau im Durchschnitt aller Nato-Staaten – aber noch weit entfernt vom vereinbarten Zwei-Prozent-Ziel der Allianz. Die USA investieren dagegen mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Verteidigungsaufgaben.

### **Terrormiliz IS**

Die NATO-Verteidigungsminister planen nun, die bisherige Anti-Terror-Operation der Nato im Mittelmeer, "Active Endeavour", so auszuweiten, dass sie zusammen mit der EU auch Menschen- und Waffenschmuggel bekämpfen kann. Außerdem wird die Nato Aufklärung aus der Luft beisteuern. Es zeichnet sich zudem ab, dass die Nato künftig irakische Soldaten auch im Irak und nicht wie bisher nur in Jordanien ausbilden wird. Außerdem plant das Bündnis nun doch, die internationale Koalition gegen den IS, die aus mehr als 60 Staaten besteht, direkt zu unterstützen. Es ist vorgesehen, dass die Nato Awacs-Flugzeuge über der Türkei und dem Mittelmeer gegen den IS einsetzt. Damit würden erstmals auch deutsche Soldaten unter Nato-Flagge in den Kampf gegen die Dschihadistenmiliz eingreifen. Die Spezialmaschinen könnten als fliegende Kommandozentralen verwendet werden und den Luftraum über Syrien und dem Irak überwachen.

### **NATO-Manövern im Balkan (Mai-Juni 2016)**

Nach der Annexion der Krim und der Destabilisierung der Ostukraine durch Russland fürchten vor allem die baltischen Staaten, aber auch Polen, Bulgarien und Rumänien einen Angriff aus dem Osten. Das NATO-Manöver "Saber Strike" (Mai- Juni 2016) in Estland, Litauen und Lettland mit rund 10.000 Soldaten aus 13 Ländern oder auch das NATO- Großmanöver „Anakonda“ (Juni 2016) in Polen mit 31.000 Soldaten aus 24 Ländern sollen Moskau signalisieren, dass der Westen sich nicht noch einmal wie auf der Krim überraschen lassen wird. In Zukunft werden solche Manöver zum Dauerzustand. Die Antwort Moskaus auf die Manöver im Baltikum ließ nicht lange auf sich warten: Präsident Wladimir Putin ordnete an, die Bereitschaft der russischen Armee zur Mobilmachung zu prüfen.

### **5.3 NATO-Raketenabwehr entsteht in Polen**

Polen wird damit innerhalb der EU der dritte Standort des Raketenabwehr-Programms. Das Abwehrsystem wird voraussichtlich 2018 einsatzbereit sein. Im rumänischen Deveselu wurde bereits eine erste Raketenabwehrstation in Betrieb genommen. Die Kommandostation für das gesamte System befindet sich auf dem US-Stützpunkt Ramstein in Deutschland. Ergänzt wird das System durch eine Radarstation in der Türkei sowie US-Kriegsschiffe im Mittelmeer.

Russland wehrt sich seit Jahren vehement gegen das Vorhaben. Moskau fürchtet, dass insbesondere die hochmodernen Radaranlagen künftig auch russische nukleare Interkontinentalraketen frühzeitig aufspüren und so das russische Atomarsenal entwerten könnten.

### **5.4 Informationsveranstaltung NATO**

Am 05. / 06. Juli fand in der Nähe des NATO HQ eine Informationsveranstaltung zur NATO in Zusammenarbeit DWT mit der Deutschen NATO Vertretung Referat IV statt. Das Ziel der Veranstaltung war es, der deutschen Industrie die NATO mit ihrer Struktur und ihren Agenturen unter Berücksichtigung sicherheitspolitischer, vergaberechtlicher und organisatorischer Rahmenbedingungen verständlich zu machen.

Teilnehmern aus der deutschen Industrie und deutschen Behörden wurde dazu u.a. die NATO Support and Procurement Agency, die NATO Communication and Information Agency, die NATO Ground Surveillance Management Agency, die NATO AEW&C Programme Management Agency sowie die NATO Industry Advisory Group mit den jeweiligen Möglichkeiten vorgestellt.

Vertreter ausgewählter Gebiete aus dem Bereich NATO Haushalt, Internationaler Stab, Deutsche Militärische Vertretung, Deutsche NATO Vertretung, Allied Command

Transformation sowie des Supreme Headquarters Allied Powers Europe stellten die Besonderheiten dieser Bereiche für die Industrie dar.

Abgerundet wurde der Themenblock mit Geschäftserfahrungen deutscher Unternehmen mit der NATO und insbesondere mit vielen bilateralen Gesprächen der Teilnehmer mit den Referenten.

Nach den sehr positiven Rückmeldungen soll diese Veranstaltung ggf. in 2018 wiederholt werden.

Die nächste Ausgabe der **DWT-intern** wird hierzu im Detail berichten.

### 5.5 Der Gipfel in Warschau

Gute und übersichtliche Zusammenfassungen und weitere Informationen finden sich auf:

<https://www.bmvq.de/portal/poc/bmvq?uri=ci%3Abw.bmvq.journal.sicherheitspolitik>

und

[http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/00/2016-07-09\\_20Gipfel\\_20Warschau.html](http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/00/2016-07-09_20Gipfel_20Warschau.html)

### 5.6 NATO CAX Forum 2016

The NATO CAX-Forum 2016 will be prepared and organized by the IABG, Ottobrunn in cooperation with the NATO Modelling & Simulation Centre of Excellence.

The 11th Forum will again focus on technical issues and operating procedures related to simulation-based exercises and training support, in order to promote the exchange of information and best practices among the Staffs of NATO and National simulation/training centers. As usual, a full session will be dedicated to national simulation/training centers, their activities and the possible synergies among them and main NATO training institutions like the JWC and the JFTC. A newly introduced special session will be focusing on Hybrid Warfare, Wargaming, Immersive training as well as CYBER-Warfare.

Dedicated booths will also be available for the demonstrations of CAX and simulation related products by commercial organizations, military and civilian entities.

[www.iabg.de/cax2016](http://www.iabg.de/cax2016)

### 5.7 Personalien

- Die amerikanischen Truppen in Europa haben einen neuen Oberkommandeur: Der Vier-Sterne-General Curtis Scaparrotti folgt General Philip Breedlove nach.  
[http://www.nato.int/cps/en/natohq/news\\_129181.htm?utm\\_source=facebook&utm\\_medium=smc&utm\\_campaign=160311+saceur](http://www.nato.int/cps/en/natohq/news_129181.htm?utm_source=facebook&utm_medium=smc&utm_campaign=160311+saceur)
- Neuer Stellvertretender Generalsekretär für drei Jahre wird Frau Rose Gottemoeller (USA), derzeit United States Under Secretary of State for Arms Control and International Security. Sie löst Botschafter Alexander Vershbow ab.
- Der Beigeordnete Generalsekretär Defence Investment (ASG DI) Patrick Auroy wird im Herbst durch Herrn Camille Grand (FRA) abgelöst. Herr Grand ist zurzeit Direktor des FRA Think Tanks „La Fondation pour la recherche strategique“ in Paris.
- DEU konnte sich bei der Besetzung des Stellvertretenden Generalsekretärs mit einer Bewerbung leider nicht durchsetzen. Für die Abteilungsleitung DI gab es keine DEU Bewerbung. Somit bleibt es auf Ebene ASG bei der Besetzung für DEU bei dem Posten des Beigeordneten Generalsekretärs der Abteilung Defence Policy and Planning (DPP) durch G. Brauss.



<b>Veranstaltungen</b>	<b>Datum</b>	<b>Ort</b>
<b>DWT Botschaftertreff</b>	05.10.2016	Brüssel
<b>DWT Brüsseler Gespräch</b>	17.11.2016	Brüssel

**Herausgeber:**

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WEHRTECHNIK e.V. (DWT)

Hochstadenring 50 · 53119 Bonn

Verantwortlich für den Inhalt:

GenMaj a.D. Wolfgang Döring,

Geschäftsführer der DWT e.V.

E-Mail: [info@dwt-sqw.de](mailto:info@dwt-sqw.de) Internet: [www.dwt-sqw.de](http://www.dwt-sqw.de)

**Redaktion „DWT – info Brüssel“:**

Oberst a.D. Claus Dördrechter

Mitglieder DWT Beirat Brüssel

Copyright © DWT e.V.

Die DWT - *info Brüssel* erscheint i.d.R. quartalsweise.

Die DWT - *info Brüssel* wird an alle Fördernden (FM) und Persönlichen Mitglieder (PM) der DWT versandt.

Die Inhalte spiegeln nicht unbedingt in jedem Fall die Meinung der DWT wider.